

SPD demokratischer pressediens

P/XXXI/81

29. April 1976

Der 1. Mai 1976 - ein Stichtag des sozialen Fortschritts

Im Zeichen des Aufschwungs treter wichtige Neuregelungen
in Kraft

Von Walter Arendt MdB
Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung und Mit-
glied des Präsidiums der SPD

Seite 1 / 37 Zeilen

Eine neue US-Afrika-Politik?

Anmerkungen zur Rede von Außenminister Kissinger
in Lusaka

Von Kurt Mattick MdB
Stellv. Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses
des Bundestages

Seite 2 und 3 / 56 Zeilen

Taktisches Spiel mit dem Wehrgesetz

Wie die Union ihre politische Konzeptionslosigkeit ver-
tuschen will

Seite 4 und 5 / 59 Zeilen

Europa im Zeichen des Aufschwungs

Konjunkturumfrage unter den Verbrauchern erlaubt
positives Fazit

Seite 6 und 7 / 67 Zeilen

Chefredakteur: Dr. Erhard Eckert

5300 Bonn 12, Heussallee 2-10
Postfach: 120 403
Presschaus 1, Zimmer 217-224
Telefon: 02 80 37 - 38
Telex: 09 86 846 - 48 ppbn d

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölner Straße 108-112, Telefon: 37 66 11

Der 1. Mai 1976 - ein Stichtag des sozialen Fortschritts

Im Zeichen des Aufschwungs treten wichtige Neuregelungen in Kraft

Von Walter Arendt MdB

Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung und Mitglied des Präsidiums der SPD

Der 1. Mai - der Tag der Arbeit - ist in diesem Jahr ein markantes Datum für den sozialen Fortschritt. An diesem Tag treten drei wichtige Neuregelungen in Kraft: Das neue Jugendarbeitsschutzgesetz, die Arbeitsstättenverordnung und die Arbeitstoffsverordnung.

Durch das neue Jugendarbeitsschutzgesetz werden die Arbeitsbedingungen der rund 1,5 Millionen Jugendlichen, die im Arbeitsleben stehen, nach modernen Erkenntnissen geordnet. Dadurch werden zugleich die Grundlagen für eine qualifizierte Ausbildung der jungen Menschen erheblich verbessert.

Die beiden Verordnungen kennzeichnen den Erfolg unserer ständigen Bemühungen um eine stärkere Humanisierung des Arbeitslebens. Sie setzen erstmalig einheitliche und umfassende Mindestanforderungen für menschengerechte und menschenwürdige Arbeitsplätze. Die neuen Bestimmungen gelten für die Arbeitsplätze in den Fabriken und Werkstätten, in den Büros und Verwaltungen. Sie kommen damit allen Arbeitnehmern zugute.

Der diesjährige Tag der Arbeit markiert auch den Durchbruch zum neuen wirtschaftlichen Aufschwung. Die Aufwärtsentwicklung der Wirtschaft ist jetzt für alle sichtbar geworden und kann selbst von notorischen Schwarzmalern nicht mehr geleugnet werden. Unheilprophezeiungen wurden bereits durch die tatsächliche Entwicklung widerlegt. So ist das von manchen Leuten für 1975 vorausgesagte Defizit in der Rentenversicherung nach eigenen Feststellungen der Versicherungsträger nicht eingetreten. Auch 1976 wird es keine Finanzierungslücke geben. Im Gefolge des wirtschaftlichen Aufschwungs wird sich die Finanzlage der Rentenversicherung noch bessern.

Fest steht, daß die Renten zum 1. Juli dieses Jahres um elf Prozent erhöht werden. Ebenso sicher ist, daß jede Rente auch in Zukunft pünktlich gezahlt wird. Weder die heutigen Rentner noch die Beitragszahler, die Rentner von morgen, brauchen um ihre Alterssicherung zu bangen. Die bruttolohnbezogene dynamische Rente hat sich bewährt und muß beibehalten werden.

Wir Sozialdemokraten wollen, daß die Bürger unseres Landes in Sicherheit und Geborgenheit leben können. Mit diesem Ziel haben wir in den letzten Jahren das Netz der sozialen Sicherheit weiter gespannt und dichter geknüpft. Dieses Netz hält, es hat gerade in der Rezession eine harte Belastungsprobe bestanden. In dieser Zeit hat sich auch erneut bewiesen, daß soziale Leistungen nicht - wie die Opposition es glauben machen wollte - als unnötige Gratifikationen oder leichtfertige Wohltaten abqualifiziert werden dürfen. Soziale Leistungen bedeuten soziale Sicherheit und Gerechtigkeit für den einzelnen Menschen. Sie sind zugleich durch die Stärkung der Kaufkraft eine wichtige Stütze unserer Volkswirtschaft in Krisenzeiten. Soziale Leistungen sind das Gütezeichen unseres Sozialstaates, und wir werden alles daran setzen, daß dieses Zeichen seinen hohen Wert behält zum Wohle aller Bürger unseres Landes.

(-/29.4.1976/ve/ex/pr)

Eine neue US-Afrika-Politik?

Anmerkungen zur Rede von Außenminister Kissinger in Lusaka

Von Kurt Mettich MdB

Stellv. Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses des Bundestages

Eine neue Afrika-Politik der Vereinigten Staaten war in der Tat mehr als überfällig. Der amerikanische Außenminister Henry Kissinger hat während seiner Afrikareise Positionen eingenommen, die von der Bundesregierung und der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion schon lange vertreten werden: Verurteilung von Kolonialisierung und Rassismus; Unterstützung für die schwarzen Mehrheiten, die um ihre politischen, wirtschaftlichen und sozialen Rechte kämpfen; Forderung nach Beendigung der Apartheid-Politik in der Republik Südafrika und der illegalen Anwesenheit Südafrikas in Namibia; Bestätigung des Kampfes der Mehrheit von Rhodesien um ihre Rechte.

Dies sind die Konsequenzen, die der Westen aus den Fehlern der Vergangenheit zu ziehen hat. Ihrer sind zu viele gemacht worden. Portugal ist nicht frühzeitig und energisch genug zur Aufgabe seiner Kolonialpolitik gedrängt worden; Mocambique hat dies durch den Ausschluß fast aller westlichen Industriestaaten von seinen Unabhängigkeitsfeiern klargemacht. In Angola hatten es die Sowjetunion und Kuba leicht, eine Situation auszunutzen, die der Westen durch seine nachsichtige Haltung gegenüber der portugiesischen Kolonialpolitik mitverschuldet hat.

Wie bei uns haben die amerikanischen Erfahrungen in Angola sicherlich entscheidend dazu beigetragen, daß Kissinger in seiner Rede in Lusaka eine neue Afrika-Politik formuliert hat. Es wird allerdings nicht ganz einfach sein, nach langen Jahren der wohlwollenden Vernachlässigung eines Kontinents eine glaubwürdige Position aufzubauen. Das Mißtrauen der politischen Kräfte, die die Zukunft des südlichen Afrikas bestimmen werden, ist noch groß. Dennoch: Die Grundsätze Kissingers gehen in die richtige Richtung. Die Frage ist jedoch, wie sich damit ein blutiger Rassenkrieg noch verhindern läßt.

Der bewaffnete Kampf gegen das weiße Minderheitsregime in Rhodesien hat bereits begonnen. Die "Zugeständnisse", die Ian Smith der

schwarzen Mehrheit gegenüber zu machen bereit ist, kommen viel zu spät und sind völlig unzureichend. Auf diese Weise läßt sich kein Kompromiß mit den Vertretern der schwarzen Mehrheit finden. Die Rede Kissingers ist aber auch eine Aufforderung an uns, unseren Worten mehr Taten folgen zu lassen als bisher. Wir müssen alles tun, um der schwarzen Mehrheit die Wahrnehmung ihrer demokratischen Rechte zu ermöglichen. Aus diesem Grunde ist massiver Druck auf die Regierung Smith verbunden mit konkreter Unterstützung der schwarzen Mehrheit in und um Rhodesien unerlässlich. Das Ziel muß eine Lösung sein, die der schwarzen Mehrheit die legitime Ausübung ihrer Macht ermöglicht.

Wenn es allerdings soweit kommt, daß die Ansprüche der schwarzen Mehrheit nur mit Gewalt durchgesetzt werden können, besteht die große Gefahr, daß ein friedliches Zusammenleben auf der Basis eines gesicherten Minderheitenschutzes zwischen Schwarzen und Weißen in Afrika unmöglich gemacht wird. Dies würde in der Tat zu einer Tragödie ungeahnten Ausmaßes führen. In Namibia, dem ehemaligen Deutsch-Südwestafrika, in dem eine beträchtliche weiße Minderheit deutscher Abstammung lebt, haben wir deshalb besondere Verpflichtungen. Namibia ist der zweite akute Krieherd im südlichen Afrika. Hier müssen wir uns bemühen, frühzeitig die Unabhängigkeit dieses Landes von Südafrika durchsetzen zu helfen und der schwarzen Mehrheit auf friedlichem Wege zur Wahrnehmung ihrer demokratischen Rechte zu verhelfen. Dies erfordert eine klare und eindeutige Politik gegenüber Südafrika.

Eine Trennung zwischen politischen und wirtschaftlichen Interessen muß auf Dauer die moralische Glaubwürdigkeit untergraben. Es gilt, Partei für das südliche Afrika der Zukunft zu ergreifen und jede Doppelbodenpolitik aus wirtschaftlichem Eigeninteresse zu unterlassen.

(-/29.4.1976/bgy/ex/pr)

+ + +

Taktisches Spiel mit dem Wehrgesetz

Wie die Union ihre politische Konzeptionslosigkeit vertuschen will

Mit zur Schau getragener Sorge um die äußere Sicherheit der Republik sucht die Union ihr Heil an der innenpolitischen Front. Spätestens seit den Äußerungen des CDU-Vorsitzenden Dr. Helmut Kohl, wonach Außenpolitik ein zentrales Thema des Wahlkampfes der Parteien mit dem "C" sein wird, ist dies klar. Mit der taktisch motivierten Zustimmung zu den Polen-Verträgen fing es an. Mit der zu erwartenden Bundesrats-Ablehnung des vergleichsweise unbedeutenden Gesetzes zur Änderung des Wehr- und Zivildienstgesetzes setzt sich der Taktik-Trend fort.

Ein geradezu klassisches Beispiel für diese Taktik, mit der von der eigenen Konzeptionslosigkeit in allen wichtigen Bereichen abgelenkt werden soll, stellt das Hickhack um die Novellierung des Anerkennungsverfahrens für Wehrdienstverweigerer dar. Die Sozialliberalen legten einen Entwurf vor, der die Aussetzung der leidigen Gewissensinquisition ungedienter Wehrpflichtiger vorsieht, solange der personelle Bestand der Bundeswehr und damit die Sicherung des Friedens-Beitrags der Bundesrepublik nicht gefährdet wird. Das Motto lautet: So viel Freiheit wie möglich, so viel Sicherheit wie nötig.

Als die Konservativen, geübt im Konservieren des Status quo, erkannten, daß der Bürger - im Fall der KDV-Regelung insbesondere eine junge, aufgeklärte Generation - am 3. Oktober die Schaffung persönlicher und kollektiver Freiheitsräume honorieren wird, griffen auch sie zur Feder. Doch die "Alternative" geriet zur Kosmetik: Statt Aussetzung nur Änderung der alten Prüfungsverfahren. Der Antragsteller sollte auch dann als Wehrdienstverweigerer anerkannt werden, "wenn der zuständige Beamte (des Kreiswehrersatzamtes) ... zwar keine Überzeugung von der Richtigkeit" der Argumente des Antragstellers erlangen konnte, aber "nach Würdigung der Gesamtumstände die Berufung auf eine Gewissensentscheidung für glaubhaft hält". Kreiswehrersatzamtämänner als Gewissensprüfer der Nation?!

Gegenüber dem bisherigen Verfahren hätte diese Lösung der Union eine - ohne jetzt über Qualität streiten zu wollen - qualitative Änderung bedeutet. Eine Änderung, die der Zustimmung des Bundesrates bedurft hätte. Demgegenüber bringt die SPD/FDP-Novelle "nur" eine Konkretisierung der Prüfungskriterien. In den nach wie vor für bereits Dienende, die während

ihrer Bundeswehrzeit den Verweigerer-Antrag stellen, vorgesehenen Prüfungsverfahren gibt es also nur eine inhaltliche Änderung, bei der Länderinteressen überhaupt nicht berührt sind. Was die Besetzung der Prüfungskommission betrifft, bleibt nämlich alles beim alten.

Gleichwohl glaubt die CDU/CSU hier den Ansatzpunkt gefunden zu haben, das im Bundestag bereits verabschiedete Gesetz mit Hilfe ihrer Parteigänger im Bundesrat in letzter Minute zu blockieren. Und um nicht nach außen den letzten Hauch von Glaubwürdigkeit zu verlieren, schoben die Christen vor, die Koalition plane "die faktische Abschaffung der allgemeinen Wehrpflicht" (CDU-MdB Dr. Konrad Kraske), die es zu bewahren gelte. Daß die Bundesregierung jederzeit per Rechtsverordnung die Prüfungsverfahren wieder einführen kann, wird mit dem Argument abgetan, das würden die ja doch nicht tun. So einfach ist das.

Es ist geradezu beschämend, wie die Union alle Versuche, das Grundrecht auf Kriegsdienstverweigerung und den Verfassungsauftrag zu Verteidigung besser in Einklang zu bringen, torpediert. Abgesehen davon, daß in der klaren Erkenntnis der Verteidigungswürdigkeit dieses Landes die Bereitschaft zum Wehrdienst gewachsen ist (Umfrageergebnisse belegen das), sieht sich die Bundesregierung heute im Ernst doch mit dem Problem eines Überangebotes junger Männer im wehrpflichtigen Alter konfrontiert.

Im Grunde geht es hier nicht mehr um die äußere Sicherheit, sondern um den inneren Frieden, der nur dann als gesichert angesehen werden kann, wenn soviel Gerechtigkeit - in diesem Fall also Wehrgerechtigkeit - gegenüber jedermann geübt wird wie möglich. Wer aus wahltaktischen Gründen mit dem inneren Frieden Mißbrauch treibt, darf sich letztlich über den Vorwurf, ein Sicherheitsrisiko zu sein, nicht wundern.

Karl-Heinz Hahslach
(-/29.4.1976/ve/ex/pr)

+ + +

Europa im Zeichen des Aufschwungs

Konjunkturumfrage unter den Verbrauchern erlaubt positives Fazit

Nicht nur die Wirtschaftsexperten, sondern auch die Verbraucher selbst sehen der wirtschaftlichen Entwicklung recht optimistisch entgegen. Diese wichtige psychologische Voraussetzung für den lange erwarteten Aufschwung ist nicht auf die Bundesrepublik beschränkt; Zuversicht zeigt sich vielmehr in sieben der neun EG-Länder. Dieses Fazit kann aus der im Auftrag der EG-Kommission durchgeführten zwölften Konjunkturumfrage bei den Verbrauchern in der Europäischen Gemeinschaft (EG) gezogen werden. Die Ergebnisse der Befragten basieren auf Interviews in rund 25 000 repräsentativ ausgewählten Haushalten.

Nachdem sich bei der letzten Erhebung im Oktober 1975 die wirtschaftlichen Erwartungen der Verbraucher in mehreren Ländern der Gemeinschaft etwas verschlechtert hatten, war diesmal nahezu überall eine Zunahme des wirtschaftlichen Vertrauens zu erkennen. In der Bundesrepublik Deutschland zeigten sich die Verbraucher hinsichtlich der weiteren wirtschaftlichen Entwicklung wesentlich zuversichtlicher als noch im Herbst 1975. Das allgemeine Wirtschaftsklima erscheint den deutschen Verbrauchern ähnlich günstig wie im Jahre 1972. In Dänemark und in Frankreich haben sich nach Ansicht der Verbraucher die wirtschaftlichen Aussichten weiterhin gebessert. In den Niederlanden und in Belgien hat der wirtschaftliche Pessimismus, der bei den vorangegangenen Umfragen vorherrschte, deutlich nachgelassen, und die jetzige Verbesserung gleicht den Rückgang vom Oktober mehr als aus. In Belgien wurde das derzeitige Niveau das letzte Mal im April 1972 erreicht. Auch in England hat sich die seit 1975 erkennbare Tendenz einer Besserung des Wirtschaftsklimas weiter fortgesetzt. Im Gegensatz dazu hat der wirtschaftliche Pessimismus unter den italienischen und irischen Verbrauchern zugenommen.

Wie man aus früheren Umfragen erkennen kann, hängt das Urteil der Verbraucher über die wirtschaftliche Zukunft weitgehend davon ab, wie die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt eingeschätzt wird. In der Bundesrepublik Deutschland und in Dänemark erwarten die Verbraucher für die nächsten zwölf Monate einen Rückgang der Arbeitslosenzahlen. In Frankreich, in den Niederlanden und in Belgien wird von wesentlich weniger Haushalten als bisher ein weiterer Anstieg der Arbeitslosigkeit befürchtet. Im Vereinigten Königreich hat sich an der insgesamt noch pessimistischen Einschätzung des Arbeitsmarktes seit Oktober 1975 kaum etwas geändert. Eine weitere Verschlechterung der

Beschäftigungslage wird in Italien und Irland befürchtet. In den anderen Mitgliedsländern rechnet trotz der erkennbaren Verbesserung ein großer Anteil der Befragten mit unverändert hohen Arbeitslosenzahlen.

Was die Preise anbelangt, so rechnen die Verbraucher in Belgien, Großbritannien, der Bundesrepublik und in den Niederlanden mit einer Verringerung des Preisanstiegs. In Frankreich erwarten weniger Haushalte als bisher kleinere Preissteigerungsraten. In den übrigen EG-Ländern befürchten die Haushalte einen beschleunigten Preisanstieg im Laufe des Jahres 1976: freilich weniger in Dänemark als vor allem in Irland und Italien.

Ihre eigene finanzielle Situation während der nächsten zwölf Monate schätzen die Verbraucher so ein: relativer Optimismus in Frankreich und in Dänemark, wieder zunehmendes Vertrauen in der Bundesrepublik Deutschland und in Belgien, Nachlassen des Pessimismus in den Niederlanden und im Vereinigten Königreich, die Befürchtung realer Einkommenseinbußen in Italien und vor allem in Irland.

Viele Haushalte sehen die Zeit daher jetzt als günstig an, um größere Anschaffungen zu tätigen. In der Bundesrepublik Deutschland hat sich dieser Indikator für die Kaufneigung auf einem relativ hohen Niveau behauptet. In Irland ist dagegen ein leichtes Nachlassen der Kaufbereitschaft festzustellen. Die Umfrageergebnisse weisen in den meisten Ländern auf eine Stabilisierung der Sparquote hin; in Irland und in Italien wird dagegen mit einer Senkung gerechnet.

Zusammenfassend bleibt festzuhalten: In Dänemark, in Frankreich und in Großbritannien blieb die - von Mai bis Oktober 1975 beobachtete - zuversichtliche Grundhaltung in bezug auf die wirtschaftliche Entwicklung in Verbindung mit einer höheren Kaufbereitschaft der Konsumenten weitgehend erhalten; in der Bundesrepublik Deutschland und - weniger ausgeprägt - in Belgien und in den Niederlanden stellt man ein wieder zunehmendes Vertrauen in die wirtschaftliche Zukunft und eine wachsende Kaufbereitschaft fest. In Italien hat sich das Vertrauen der Haushalte in die wirtschaftliche Entwicklung verschlechtert, die Kaufneigung hat sich jedoch leicht verbessert, trotz befürchteter realer Einkommenseinbußen. In Irland zeigt dagegen der Trend der ganzen Linie nach unten.

Egon C. Heinrich
(-/ 29.4.1976/ve/ex/pr)

+ + +